

in enger Zusammenarbeit mit anderen operativen Dienststeinheiten darauf gerichtet, durch konsequente Rechtsanwendung die Folgen des gegnerischen Wirkens zurückzudrängen und vorbeugend Botenschaftsbesetzungen zu verhindern sowie dazu beizutragen, die Einmischungshandlungen zu entlarven und offensiv zurückzuweisen. Im Ergebnis der vielfältigen feindlichen Bestrebungen war eine sprunghafte Zunahme von Personen um mehr als das Doppelte im Vergleich zum Vorjahr festzustellen, die durch Verbindungsaufnahme zu ausländischen staatlichen Stellen und anderen Organisationen und Einrichtungen bzw. durch die Begehung oder Androhung öffentlichkeitswirksamer Provokationen die Staatsorgane der DDR zur Genehmigung der Übersiedlung zu zwingen versuchten.

Erneute Bestätigung fand die in hohem Maße prägende, Straftaten auslösende sowie unterstützende Rolle der Rückverbindungen von unlängst aus der DDR übergesiedelten Personen bei der zielgerichteten Aufwiegelung von DDR-Bürgern zum Verlassen der DDR. Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Gruppierungen und lose Zusammenschlüsse von Personen rechtzeitig erkannt und ihre beabsichtigte Wirksamkeit weitgehend vorbeugend verhindert, die durch ein abgestimmtes Vorgehen bei öffentlichkeitswirksamen und anderen Provokationen die Staatsorgane der DDR in Zugzwang zu bringen versuchten. Eine wesentliche Zunahme erfuhren auch die Versuche, durch ein provokatorisch-drohendes Auftreten Mitarbeiter der Staatsorgane einzuschüchtern.

Bei der Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit waren des weiteren Angriffe gegen die Friedens- und Verteidigungspolitik festzustellen. Dabei sollten feindlich-negative Kräfte in der DDR unter der Tarnung einer "Unabhängigen Friedensbewegung" oder als "Umweltgruppen" und unter Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen vor allem durch ehemalige führende Mitglieder in den Vorjahren zerschlagener feindlicher Gruppen u. a. aus Jena inspiriert und neu belebt werden.